

Beitrag zum Referat und zum Entwurf des Leitantrags

Ich will etwas sagen zu einigen analytischen Problemen, die nicht nur, aber auch das heutige Referat betreffen. Die neue US-Regierung unter Trump ist nur ein Reflex auf die ökonomische Stärke Deutschlands. Die Veränderungen im Bereich der bürgerlichen Herrschaft (Stichworte: Trump, Putin, Orban, demnächst vielleicht Kurz in Österreich) als reaktionäre Varianten auf kapitalistische Krisen wird nicht durchdrungen – vielleicht aus Angst, man würde Merkel, Obama und Co reinwaschen. Dabei ist es für Marxisten existenziell wichtig, diese Veränderungen wahrzunehmen. Es wird angesichts der anhaltenden Krisen ausprobiert, welche Varianten der politischen Herrschaft am erfolgversprechendsten sind. Aufgrund der massiven Verschiebungen der Profitraten in Richtung Finanzinstitute (Institutionelle Anleger wie Blackrock) und Plattformriesen wie Alfa/Google, Amazon und Facebook treten unterschiedliche Interessen zwischen Kapitalkreisen deutlicher zutage – bis zum Rollback Trumps in der Klimafrage. Schon gibt es erste, wenn auch kleinen Kreise innerhalb der CDU, die dies nachmachen wollen. Protektionismus + innerstaatliche Deregulierung + Rassismus/Abschottung könnte zu einem gefährlichen Erfolgsmodell werden – mit weitreichenden Änderungen in der bürgerlichen Demokratie. Und selbst wenn die reaktionärsten Varianten durch eigene Widersprüche und breiten Widerstand scheitern sollten, so sehen wir bereits jetzt, wie der Neoliberalismus auch in Europa immer autoritärere Züge trägt – ob gegen Geflüchtete, bei demokratischen Rechten oder bei Militär und Sicherheit. In der Inneren Sicherheit hat sich die SPD in ihrem Wahlprogramm der CDU deutlich angenähert: Ausbau von Videoüberwachung und mehr Kooperation zwischen Geheimdiensten und Polizeibehörden, sprechen sich die Sozialdemokraten für eine gemeinsame europäische Ermittlungsbehörde nach dem Vorbild des FBI, BigData-Software soll Verbrechen vorhersagen helfen. Der Totalüberwachung wird damit Tür und Tor geöffnet.

Mit der Kündigung des Klimaabkommens durch die USA ist – nach dem Krieg gegen Terror und dem Umgang mit Geflüchteten - ein weiterer zivilisatorischer Rückschlag in der Weltpolitik zu verzeichnen. Es ist eben nicht gesagt, dass dieser Kapitalismus als quasi grüne Variante seine stoffliche Existenzbedingung sichern wird, darauf war bereits vor Trump kaum zu hoffen. Nun wird eine globale gravierende Klimaumstellung kaum mehr zu verhindern sein – mit weiteren Krisen und noch barbarischeren Schutzmechanismus der westlichen Staaten.

Daher kann es Kommunisten nicht egal sein, wie die aktuellen Auseinandersetzungen um die Politik Trumps enden. Eine Gleichsetzung oder schlimmeres von Trump. Obama und Merkel verbietet sich angesichts der krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklung. Geradezu fahrlässig ist es, sich zurückzulehnen und nach dem Motto „Wenn sich die Feinde streiten, kann das nur positiv sein“ auf das Ende der Geschichte warten. Was dringend notwendig wäre, ist eine internationale breite Bewegung gegen Krieg, Umweltzerstörung, Abschottung und neoliberale Politik. Die Proteste gegen G20 sind hierfür wichtige Ansätze.

Im Kleinen versuchen wir dies mit unserem bezirklichen Schwerpunkt. Wie auf der letzten Bezirksmitgliederversammlung beschlossen, haben wir ein Personenbündnis für eine Millionärssteuer im Saarland initiiert. Wir starten mit der Unterschriftensammlung im kommenden Monat unter dem Motto „für eine lebenswerte Zukunft! Millionärssteuer jetzt!. Das Bündnis stellt eine Klammer dar über verschiedene wichtige gesellschaftliche Bereiche. Vertreten sind zwei Bezirksfachbereichsvorsitzende von ver.di (Gemeinden/Gesundheit), betriebliche Interessenvertreter, Akteure der Friedensbewegung, attac, Naturfreunde und zwei linke Parteien, DIE LINKE und die DKP. Ziel der Initiative ist es, gegen den landespolitischen Einheitsbrei der GroKo Impulse für einen Politikwechsel im Interesse der Mehrheit der SaarländerInnen zu setzen. Dabei weisen wir auf die Zusammenhänge zwischen den Finanzproblemen des Landes und der

gesellschaftlichen Reichumsverteilung hin. Wichtige inhaltliche Querverbindungen gibt es zu den Auseinandersetzungen um einen Tarifvertrag Entlastung in der Pflege. Die DKP wird die Initiative mit eigenständigen Aktionen unterstützen.

Zum vorliegenden Entwurf eines Leitantrags zum 22. Parteitag:

Der Entwurf enthält viele programmatische Elemente, die an programmatischen Positionen der DKP anknüpfen. Vieles kann als gemeinsame Grundlagen angesehen werden. Mein Hauptkritikpunkt: Leider gilt dies ausgerechnet nicht für die Frage, die fortschrittliche Menschen am meisten umtreibt, nämlich wie das politische Kräfteverhältnis zu ändern ist. Mit welcher Politik, mit welcher Strategie und Taktik wir der Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt näher kommen wollen.

Im bisherigen Entwurf steht dazu fast nichts. Es genügt doch nicht, Hauptkampffelder zu benennen. Die Analyse der Gegenkräfte gegen den neuen autoritären Neoliberalismus ist unzureichend. Welche Bedeutung hat denn die breite Solidarität mit Geflüchteten? Das Beispiel von Nürnberg zeigt, was möglich ist. Es geht doch um die Frage, wie die Konzeption der breiten gesellschaftlichen Allianzen gegen neoliberale Politik unter den aktuellen Bedingungen weiterentwickelt wird, um Prinzipien, Formen und Inhalte von Bündnispolitik und unsere Rolle als Kommunistinnen und Kommunisten.

Welche Bedeutung hat die Vernetzung von unterschiedlichen Widerstandsbereichen? Welche die notwendige Politisierung von Bewegungen? Alle diese Fragen werden nicht beantwortet. Sie sind aber entscheidend für die Orientierung der DKP und für einen Prozess der Wiederannäherung der verschiedenen Strömungen in der gemeinsamen politischen Arbeit. Sicher gibt es darüber hinaus weitere Kritikpunkte an einzelnen Abschnitten, insbesondere natürlich am letzten Kapitel zur DKP selbst.

Thomas Hagenhofer, 17.06.17